

<https://www.zeit.de/2025/26/ralf-stegner-michael-roth-spd-manifest-frieden-ukraine-russland/komplettansicht>

Interview: [Mark Schieritz](#) und [Stefan Schirmer](#)

Aus der [ZEIT Nr. 26/2025](#) 17. Juni 2025

Ralf Stegner und Michael Roth

Was soll dieses Manifest?

Die SPD muss zeigen, dass sie Teil der Friedensbewegung bleibt, sagt Ralf Stegner. Sein Parteikollege Michael Roth entgegnet: Es fehlt euch an Empathie.



Michael Roth, links, Ralf Stegner, rechts © Dominik Butzmann/Photothek für DIE ZEIT (l.); Gene Glover für DIE ZEIT (r.)

DIE ZEIT: Herr Roth, was dachten Sie, als Sie [das Manifest von Herrn Stegner](#) gelesen haben, das für eine Wiederannäherung an [Russland](#) und gegen Aufrüstung plädiert?

Michael Roth: Ich wollte erst nicht glauben, was ich da las. Es frustriert mich. Denn es zeigt mir: Die heftigen Kontroversen der vergangenen Jahre auch in unserer Partei haben offenkundig nicht zu mehr Klarheit und Verständigung beigetragen.

Ralf Stegner: Du hast öffentlich gesagt, unser Manifest sei für dich "eine weinerliche Melange aus Rechthaberei, Geschichtsklitterung und intellektueller Wohlstandsverwehrung". Das ist starker Tobak. Ich halte das aus, aber es ist völlig abwegig. Schon die Überschrift unseres Textes besagt doch, um was es geht: Friedenssicherung in Europa durch Verteidigungsfähigkeit, Rüstungskontrolle und Verständigung.

Roth: Ich habe das, was du zitiert hast, genau so gemeint. Dieses sogenannte Manifest ist weinerlich. Euch Autorinnen und Autoren werfe ich vor: Es geht euch nur um eure Gewissheiten, die ihr nicht infrage stellen wollt. Es fehlt euch an Empathie für die Menschen in der [Ukraine](#), die seit mehr als drei Jahren um ihr Leben fürchten müssen, weil sie einem furchtbaren Angriffskrieg ausgesetzt sind.

Stegner: Ich kann nichts Weinerliches daran finden, sich für Frieden einzusetzen. Ich war selbst in der Ukraine, habe das Kriegselend gesehen und bin verstümmelten Menschen begegnet. Wie kommst du dazu, mir Empathielosigkeit vorzuwerfen? Ich sage klar: Das ist ein russischer Angriffskrieg und Putin ein Kriegsverbrecher. Wir müssen die Ukraine bei der Verteidigung unterstützen – vordringlich ist, dass der Krieg beendet wird und das Sterben aufhört.



Michael Roth

54, saß bis 2025 für die SPD im Bundestag. Er war Staatsminister für Europa und Chef des Auswärtigen Ausschusses.



Ralf Stegner

65, ist Mitglied im Auswärtigen Ausschuss des Bundestags und hat das Manifest zur Sicherheitspolitik mitverfasst.

Roth: Ich setze mich genauso für Frieden ein. Aber ich verstehe darunter etwas völlig anderes als du. Es gibt auch in der Ukraine den tiefsitzenden Wunsch, dass endlich die Waffen schweigen. Aber das reicht doch nicht. Es darf nicht zur Folge haben, dass die Ukraine als souveränes Land untergeht. Das droht aber, wenn Putin nicht in die Schranken verwiesen wird. Für mich ist ein Frieden nur dann gerecht, wenn er frei von Unterdrückung ist. Und genau das ist links!

Stegner: Wir sind beide Sozialdemokraten und wollen weder Diktatur noch Unterdrückung. Lass uns nicht über Dinge streiten, über die wir einig sind. Wie ein Frieden konkret aussieht, wird das Ergebnis diplomatischer Bemühungen sein, aber erst einmal muss dieser Krieg enden. "Wenn du Frieden willst, rede nicht mit deinen Freunden, rede mit deinen Feinden", hat der israelische Politiker Mosche Dajan gesagt. Und Helmut Schmidt, der als Ex-Soldat wusste, was Krieg bedeutet, meinte: Lieber hundert Stunden vergeblich verhandeln als einen Schuss abgeben.

Roth: Auf welchem Planeten lebst du? Es hat doch unzählige diplomatische Bemühungen gegeben. Das war von Anfang an Teil der Strategie. Der ukrainische Präsident hat sogar einen bedingungslosen Waffenstillstand angeboten. Dass es keinen Frieden gibt, liegt ausschließlich an der Weigerung Russlands, darauf einzugehen. Putin will diesen Frieden nicht, er ist zu ernsthaften Verhandlungen noch nicht bereit. Ich weiß wirklich nicht, warum du den Eindruck hast, dass wir uns nicht genügend um Diplomatie und um Verhandlungen bemüht haben.

Stegner: Das ist nicht genug! Warum wird ein Land wie China, das großen Einfluss auf Russland hat, nicht intensiver in die Verhandlungsbemühungen einbezogen? Was ist mit den Ländern des Globalen Südens, die Sanktionen gegen Russland nicht mittragen, oft weil sie sich diese einfach nicht leisten können? Wir beschwerten uns darüber, statt die Chancen einer gemeinsamen Anstrengung zu nutzen. In der Debatte wird seit Jahren der Eindruck erweckt, Putin könne zu Zugeständnissen gezwungen werden, wenn wir noch mehr Waffen liefern, den Taurus vielleicht oder Kampfflugzeuge. Das ist gescheitert. Russland ist Atommacht und kann nicht besiegt werden. Deshalb wird auch dieser Krieg nicht auf dem Schlachtfeld beendet werden.

Roth: Dieser Krieg wird mit Verhandlungen beendet werden, aber auf dem Schlachtfeld werden die Bedingungen dafür entschieden. Deshalb reicht es nicht, in eurem Papier pflichtschuldig ein paar kritische Sätze über Putin aufzuschreiben. Ihr erweckt den völlig falschen Eindruck, der Westen trage eine Mitverantwortung für die militärische Eskalation. Für euch sind die Staaten Osteuropas nur dann souverän, wenn sie Russlands Einflussphäre nicht infrage stellen. Das ist nichts anderes als russische Propaganda, die auch von der AfD und der Wagenknecht-Truppe genährt wird.

Stegner: Ich habe mit Frau Wagenknecht und schon gar mit Rechtsextremisten nichts gemein. Ich habe vergangenes Jahr auf einer Friedensdemo in Berlin gesprochen und wurde dafür heftig kritisiert, auch von dir. Da waren zigtausend, Kirchenleute, Gewerkschafter, Sozialdemokraten, auch Wagenknecht-Fans. Die haben mich ausgepiffen, als ich sagte, dass Putin ein Kriegsverbrecher ist. Ich stehe zu diesem Auftritt. Die [SPD](#) muss Teil der Friedensbewegung bleiben! Wenn wir die Friedenspolitik aufgeben, übernehmen das die Populisten – siehe unsere 16 Prozent bei der Bundestagswahl.

Roth: Du musst mir nicht erklären, wie wichtig Frieden ist. Ich bin an der Grenze zur DDR groß geworden und habe eine Erziehung genossen, in der Waffen nie eine Rolle spielen durften. Es fällt mir, auch als Christ, noch heute schwer, über Waffen zu reden, weil ich weiß: Waffen töten. Aber wir werden diesen blutrünstigen Putin und seinen imperialistischen Machthunger nur mit Abschreckung und Wehrhaftigkeit in Schach halten können. Ihr redet von Frieden, aber eure Vorstellung von Frieden macht mir Angst.

Stegner: In unserem Manifest steht, dass man beides braucht: Verteidigungsfähigkeit und Entspannung. Das war die Nato-Strategie schon seit den Sechzigerjahren. Wenn man Russland nicht militärisch besiegen kann, muss man verhindern, dass die Ukraine verliert. Das ist weder Appeasement noch Pazifismus, sondern das Ringen darum, dass dieser Krieg endlich aufhört.

ZEIT: Stimmt denn die These, dass eine Atommacht militärisch nicht besiegt werden kann? Aus Afghanistan beispielsweise musste sich die Sowjetunion zurückziehen.

Stegner: Natürlich haben Atommächte außerhalb ihres Territoriums Niederlagen erlitten, wie die USA in Vietnam oder ebenfalls Afghanistan. Mein Punkt ist, dass eine direkte Auseinandersetzung mit Russland, in der der Westen zur Kriegspartei würde, in die Katastrophe führte.

ZEIT: In dem Manifest werden völkerrechtlich umstrittene Entscheidungen des Westens aufgezählt – darunter der Angriff der Nato auf Serbien oder auch der Krieg gegen den Irak. Sehen Sie diese Entscheidungen auch als problematisch an, Herr Roth?

Roth: Wir müssen bei solchen Entscheidungen brutale Dilemmata ertragen und aushalten. Für den Nato-Angriff auf Serbien gab es kein UN-Mandat. Aber wir haben einen drohenden Genozid im Kosovo verhindert. Wäre ich 1982 nicht erst zwölf Jahre alt gewesen, hätte ich wahrscheinlich auch im Bonner Hofgarten gestanden und gegen den von Helmut Schmidt durchgesetzten Nato-Doppelbeschluss protestiert. Heute wissen wir: Die damit verbundene Stationierung von Mittelstreckenwaffen in Deutschland hat zum Zusammenbruch der Sowjetdiktatur beigetragen. Deshalb hoffte ich, wir sind inzwischen beim Blick auf die Geschichte weiter.

Stegner: Ich selbst war 1982 auf der Demo. Ich fand die Entscheidung von Helmut Schmidt falsch. Aber immerhin hat er die Stationierung von Raketen damals um ein Verhandlungsangebot an Russland ergänzt. Jetzt sollen einfach so US-Raketen bei uns stationiert werden, ohne ein solches Angebot.

Roth: Was ihr nicht begreift: Man darf die Sowjetunion nicht mit dem heutigen Russland gleichsetzen. Die Sowjetführung wollte den Status quo bewahren, Putin hat imperialistische Ziele. Insofern führt deine Analogie nicht weiter.

Stegner: Du machst den Fehler, die russische Regierung mit dem russischen Volk gleichzusetzen. Putin ist der Aggressor, aber das bedeutet nicht, dass alle Russen bestraft werden müssen. Hätten die Amerikaner oder unsere europäischen Nachbarn nach dem Zweiten Weltkrieg so über uns gedacht,

Roth: Dieser Krieg ist nicht nur Putins Krieg. Eine breite Mehrheit der russischen Gesellschaft spricht der Ukraine das Existenzrecht ab, sie teilt Putins imperialistisches Ziel der Wiederauferstehung der Sowjetunion. In den vergangenen Jahren hat die SPD-Führung endlich mal den Balten, den Polen und vielen anderen in Mitteleuropa gut zugehört, die uns seit Langem vor einem naiven Blick auf Russland warnen. Ich gehe auch deshalb so hart mit euch ins Gericht, weil ihr nicht der SPD-Ortsverein Posemuckel seid, sondern erfahrene Persönlichkeiten. Wenn der Ex-Fraktionschef der Regierungspartei SPD ein solches Manifest unterschreibt, dann wird in Mitteleuropa und in der Ukraine Vertrauen zerstört, das wir gerade erst mühselig aufgebaut haben.

Stegner: Wer für Frieden und Humanität für alle Menschen eintritt, zerstört Vertrauen? Das ist so absurd wie die faktenfreie Debatte über unser Manifest. Da wird behauptet, wir seien Putin-Knechte, wollten die Ukraine ihrem Schicksal überlassen oder die Parteiführung stürzen. Lesen würde schon helfen.

ZEIT: [Die Nato will in der kommenden Woche Etatziele beschließen](#), wobei 3,5 Prozent für Militärausgaben vorgesehen sind und weitere 1,5 Prozent für den Zivilschutz oder den Ausbau der Infrastruktur. Herr Stegner, Ihr Papier prangert diese Ausgaben als viel zu hoch an. Als der von Ihnen gelobte Willy Brandt Kanzler war, wurden aber auch mehr als drei Prozent für Verteidigung ausgegeben. Wie passt das zusammen?

Stegner: Die knapp 3,5 Prozent unter Brandt und Schmidt waren de facto weniger als heute. Damals hatten wir unter anderem eine Wehrpflichtarmee mit hohen Personalkosten. Ich bestreite aber gar nicht, dass wir mehr für die Verteidigung tun müssen, das heißt allerdings nicht, grenzenlos aufzurüsten. Und mir drängt sich die Frage auf: Warum gibt man erst Milliarden für Rüstung aus und setzt dann weitere Milliarden ein, um Aleppo, Gaza oder die Ukraine wieder aufzubauen? Wir haben nicht zu wenig Waffen in der Welt, sondern eher zu wenig Mittel, um etwas zu tun gegen Bürgerkriege, gegen Armut, gegen Umweltzerstörung.

Roth: Ich bin kein Zahlenfetischist. Die fünf oder dreieinhalb Prozent sind auch eine taktische Reaktion auf die Forderungen der neuen US-Regierung. Deshalb unterstützen viele europäische Partner diese Ziele. Dass man das am Ende auch pragmatisch sehen wird, ist doch klar.

ZEIT: Hat Herr Stegner einen Punkt, wenn er sagt, dass über Fragen von Krieg und Frieden offen gestritten werden muss und nicht der Eindruck entstehen darf, dass bestimmte Meinungen unterdrückt werden? Seit Corona wissen wir, wie tief das eine Gesellschaft spalten kann.

Roth: Nicht nur die SPD, unsere Gesellschaft muss über diese zentralen Fragen streiten. Dafür habe ich mich immer eingesetzt. Deshalb empfinde ich den Vorwurf als zynisch, ich würde versuchen, eine Debatte zu unterdrücken. Ich habe kein Amt mehr inne, aber ich bin weiter ständig unterwegs und rede mit vielen Menschen, dieses Wochenende war ich zu Gast in Halle. Dabei gehe ich natürlich auf Sorgen ernsthaft ein. Aber hier haben wir es mit einem Manifest von Politprofis zu tun, die genau wissen, was sie tun. Ihr spielt mit den Ängsten der Menschen.

Stegner: Ich hatte noch nie ein Problem damit, in der Sache hart kritisiert zu werden. Aber wie hier einige, auch in meiner Partei, mit abstrusen Unterstellungen arbeiten, finde ich bedenklich. Wenn wir so weitermachen, landen wir Sozialdemokraten bald bei zehn Prozent. Ich habe als Reaktion auf unser Manifest von vielen gehört: Endlich beschäftigt sich die SPD mit diesem Aufrüstungswahn! Im Moment entsteht doch in der Bevölkerung der Eindruck, dass wir die ungebremste Erhöhung der Militärausgaben als Lösung aller Probleme begreifen.

ZEIT: Herr Roth, was wünschen Sie sich von Kanzler Friedrich Merz in dieser Debatte?

Roth: Dass er weiter mit anderen wichtigen Partnern in Europa Führung übernimmt, er die Ukraine und die Staaten, die unter der russischen Tyrannei leiden, nach Kräften unterstützt. Und dass wir in Europa endlich in die Puschen kommen, weil wir eher früher als später begreifen müssen: Für unsere Sicherheit haben wir Europäer selbst aufzukommen.

Stegner: Ich wünsche mir vom Kanzler, dass er versucht, mit den europäischen Partnern und dem US-Präsidenten, obwohl der ein schwieriger Geselle ist, Wege zu finden, die Kriege in der Ukraine, in Nahost und anderswo baldmöglichst zu beenden. Einfach fünf Prozent der Wirtschaftsleistung für Militär auszugeben, wird nicht der Weg zum Frieden sein. Es geht um Friedensfähigkeit, nicht um Kriegstüchtigkeit. Gerade für uns Deutsche. Ich bin mir sicher, man wird es der SPD künftig hoch anrechnen, wenn sie beim Wettrüsten nicht mitmacht.